



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

***der Direktion Inneres und Kommunales
über die Einschau in die Gebarung***

der Marktgemeinde

Zwettl an der Rodl

IKD(Gem)-512.369/3-2008-Wit

Impressum

Herausgeber: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1
Redaktion und Graphik: Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Herausgegeben: Linz, im März 2009

Die Direktion Inneres und Kommunales beim Amt der Oö. Landesregierung hat in der Zeit vom 6. Oktober 2008 bis 10. November 2008 gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 (GemO) in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Zwettl an der Rodl, Bezirk Urfahr Umgebung, vorgenommen.

Zur Prüfung, die 16 Arbeitstage in Anspruch nahm, wurden die Jahre 2005 bis 2007 herangezogen. Wenn nötig wurden auch die Gebarungen der Vorjahre sowie des laufenden Jahres 2008 miteinbezogen. Die Zahlen aus dem Jahr 2008 wurden dem Voranschlag entnommen.

Der Bericht gibt Aufschluss über die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Empfehlungen zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die Anmerkungen in Kursivdruck zu den einzelnen Punkten kennzeichnen die Empfehlungen der Direktion Inneres und Kommunales die von den zuständigen Organen der Gemeinde entsprechend umzusetzen sind. Ist kein bestimmter Zeitpunkt angegeben, so ist die Umsetzung bis spätestens 1. September 2009 zu bewerkstelligen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	5
Detailbericht.....	7
Die Marktgemeinde	7
Wirtschaftliche Situation	8
Finanzausstattung.....	9
Umlagen	10
Fremdfinanzierungen.....	11
Darlehen.....	11
Kassenkredit	11
Rücklagen.....	12
Haftungen	12
Personal	13
Öffentliche Einrichtungen	15
Abwasserbeseitigung.....	15
Abfallbeseitigung.....	16
Kindergarten.....	17
Freibad	18
Gemeindevertretung	19
Prüfungsausschuss	19
Sitzungsgeldverordnung	19
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	19
Weitere Gebarungsfeststellungen	20
Förderungen und freiwillige Ausgaben.....	20
Investitionen und Instandhaltungen.....	20
Wohngebäude - Mieten	21
Nahwärme.....	21
Feuerwehrwesen.....	22
Aufschließungsbeiträge.....	22
Vorhaben im außerordentlichen Haushalt	24
Allgemeines.....	24
Schlussbemerkung	25

Kurzfassung

Bis in das Jahr 2002 konnte der ordentliche Haushalt ausgeglichen gestaltet werden. Ab 2003 sind jährlich negative Ergebnisse erwirtschaftet worden, welche eine steigende Tendenz aufwiesen.

Von 2004 bis 2007 mussten dem Gemeindebudget rd. € 181.000 Bedarfszuweisungsmittel des Landes OÖ zugeschossen werden. Trotzdem verblieb mit Ende des Jahres 2007 noch immer ein Abgang von rd. € 92.600. Für 2008 wird der laut Voranschlag zu erwartende Fehlbetrag von rd. € 75.000 nicht eintreten. Aufgrund steigender Bundesertragsanteile und Strukturhilfemittel wird sich ein Abgang von rd. € 37.000 ergeben.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2008 bis 2011 jeweils Minuswerte zwischen € 115.400 und € 139.800. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde selbst keine Mittel zur Finanzierung ihrer vorgesehenen Bauten beisteuern kann. Die in Zukunft notwendigen Baumaßnahmen können daher nur mit Mitteln des Landes OÖ finanziert werden.

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 bei insgesamt 28 Vorhaben einen Abgang von rd. € 50.500. Trotz der hohen Anzahl der abgewickelten Maßnahmen bestehen keine Finanzierungslücken, womit sich der außerordentliche Haushalt infolge der gesicherten Finanzierungen in einem finanziell geordneten Zustand befand.

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 war ein Gesamtschuldenstand von rd. € 1,347 Mio. bzw. € 755 je Einwohner gegeben. Rd. 92 % der Darlehen wurden für den Ausbau der Kanalanlagen bzw. für die Wohnbausanierung aufgenommen, deren Rückzahlungen in Gebühreneinnahmen bzw. Mieteinnahmen ihre Deckung finden. Die Zinssätze der Darlehen befinden sich alle auf einem marktkonformen Niveau.

Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes betrug der Personalaufwand im Jahr 2007 rd. 20,8 %. Dieser Prozentsatz ist vergleichsweise mit anderen Gemeinden als "im üblichen Bereich" einzustufen.

Das Freibad wies von 2004 bis 2007 einen durchschnittlichen Betriebsfehlbetrag von rd. € 30.000 auf. Im Jahr 2007 waren ca. 45 Badetage zu verzeichnen. Daraus errechnet sich ein Zuschuss durch die Gemeinde pro Badetag von rd. € 720 bzw. bei ca. 4000 Besuchern rd. € 8,10 pro Badegast.

Die letzte Abänderung der Badetarife erfolgte durch den Gemeinderat am 12.5.2003 für die Badesaison 2003 und liegt demnach schon fünf Jahre zurück.

Aufgrund der bereits lange zurückliegenden Anpassung der Tarife und des jährlichen Abganges wäre für die Badesaison 2009 eine Erhöhung aller Tarife vorzunehmen. Der Abgang des Freibads ist deutlich zu verringern.

Der Prüfungsausschuss ist in den letzten 3 Jahren mit jeweils vier Prüfungen seinem gesetzlichen Prüfungsauftrag nicht ausreichend nachgekommen. Das Mindestmaß von jährlich 5 Sitzungen ist abzuhalten. Der Prüfungsausschuss hat auch seine Prüftätigkeit auf alle Bereiche der Gemeindegebarung auszudehnen.

Bereits seit dem Jahr 1981 werden den Mietern von Gemeindewohnungen Verwaltungskosten von nur € 11 pro Jahr in Rechnung gestellt. Das Verwaltungskostenpauschale ist betragsmäßig jedoch schon seit Jahren an den Kategoriemietzinsbetrag der Kategorie A gekoppelt. Durch diese zu niedrige Verrechnung der Verwaltungskosten verlor die Marktgemeinde jährlich dringend benötigte Einnahmen. Zukünftig sind die Verwaltungskosten mit dem gesetzlich vorgesehenen Betrag zu verrechnen und bei Neuvermietungen sind die Hauptmietzinse in Anlehnung an die Höhe der Richtwerte festzusetzen.

Seit Herbst 2003 werden die Volksschule inkl. Turnsaal und der Kindergarten mit Nahwärme versorgt. Dem Gemeinderatsbeschluss über die Umstellung von Stromheizung auf Nahwärme gingen keine Berechnungen über die zukünftigen Heizkosten voraus.

Seit dem Anschluss an die Biowärme im Herbst 2003 stiegen die im Vertrag festgelegten Wärmepreise um über 50 %. Aus den Abrechnungen war zu ersehen, dass im Juli 2008 ein MWh- Preis von rd. € 102 verrechnet wurde, welcher aufgrund der Indexierung für die Heizperiode 2008/2009 auf rd. € 109 je MWh-Preis steigen wird. Bei diesem Preis, der weit überteuert und nicht wettbewerbsfähig gegenüber anderen Energieträgern ist, handelt es sich um reine Heizkosten. Hätte sich die Gemeinde für eine Gasversorgung entschieden, wären jährlich Heizkosten von mindestens rd. € 8.000 eingespart worden.

Bei zu finanzierenden Projekten sind vor jeder Entscheidung des Gemeinderates die genauen Kosten abzuwägen und in die Entscheidung einfließen zu lassen. Die Marktgemeinde hätte mit intensiven Verhandlungen einen kostengünstigen Preis erreichen können. Dies wurde verabsäumt und die Mehrkosten müssen nun vom ordentlichen Haushalt getragen bzw. über die Abgangsdeckung durch das Land OÖ finanziert werden. Die Marktgemeinde hat mit den Nahwärmebetreiber Verhandlungen aufzunehmen, die zu einem günstigeren Wärmepreis für die Volksschule führen.

Detailbericht

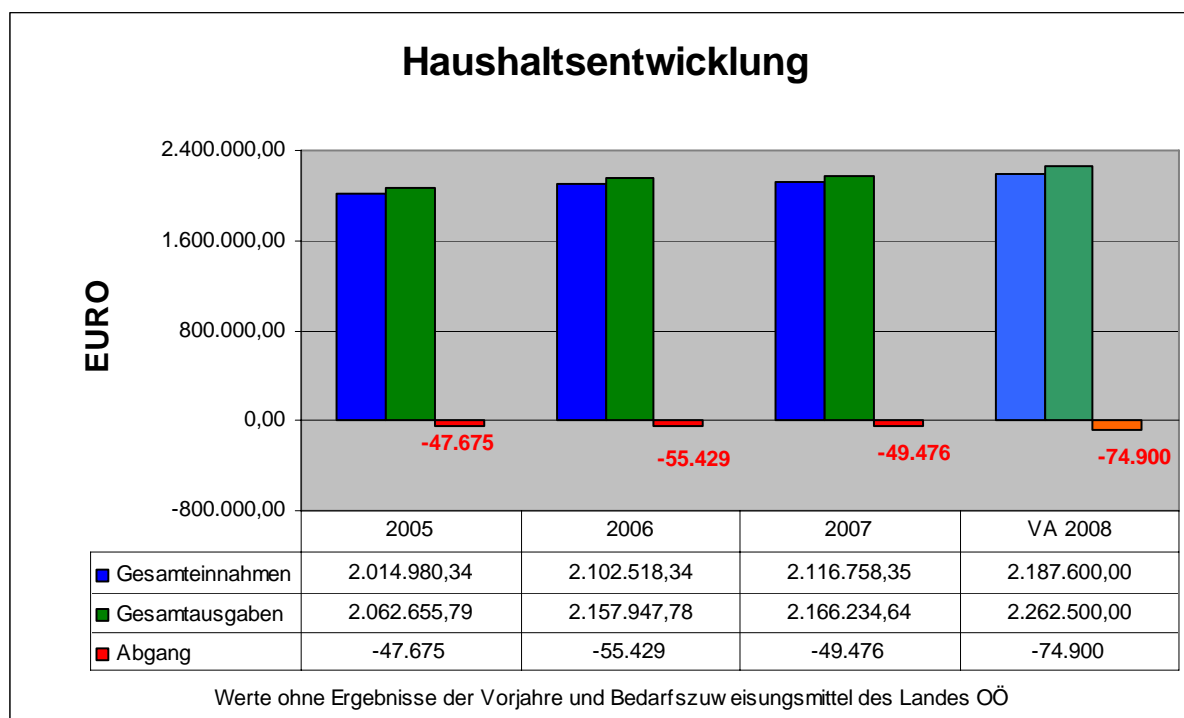
Die Marktgemeinde

Die Marktgemeinde Zwettl an der Rodl im Bezirk Urfahr Umgebung hat 1.774 Einwohner und verfügt über eine Flächenausdehnung von rd. 15,4 km².

Die Marktgemeinde unterteilt sich in 2 Katastralgemeinden (Zwettl und Innerschlag) und in insgesamt 13 Ortschaften. Der Hauptort liegt auf einer Seehöhe von 616 m, wobei die höchste Erhebung im Westen am Kiniberg bei ca. 819 m und der tiefste Punkt im südlichen Gemeindegebiet bzw. im Ortskern bei ca. 600 m liegt. Das Straßennetz beläuft sich auf ca. 31 km.

Die Marktgemeinde liegt in einer Talmulde auf beiden Seiten der Großen Rodl an der Bundesstraße 126, die von Linz-Urfahr durch den Haselgraben nach Bad Leonfelden führt. Durch die geringe Entfernung von 19 km zur Landeshauptstadt Linz ist Zwettl auch als Wohngemeinde sehr interessant. Dies belegt auch der Bevölkerungsanstieg von rd. 9 % in den letzten Jahren.

Wirtschaftliche Situation



Bis in das Jahr 2002 konnte der ordentliche Haushalt ausgeglichen gestaltet werden. Ab 2003 sind jährlich negative Ergebnisse erwirtschaftet worden, welche eine steigende Tendenz aufwiesen.

Von 2004 bis 2007 mussten dem Gemeindebudget rd. € 181.000 Bedarfszuweisungsmittel des Landes OÖ (BZ) zugeschossen werden. Trotzdem verblieb mit Ende des Jahres 2007 noch immer ein Abgang von rd. € 92.600, für den die Gemeinde 2008 BZ von € 90.000 erhielt. Somit verbleibt aus dem Jahr 2007 ein offener Fehlbetrag von € 2.600.

Für 2008 wird der laut Voranschlag zu erwartende Fehlbetrag von rd. € 75.000 nicht eintreten. Aufgrund steigender Bundesertragsanteile und Strukturhilfsmittel wird sich ein Abgang von rd. € 37.000 ergeben.

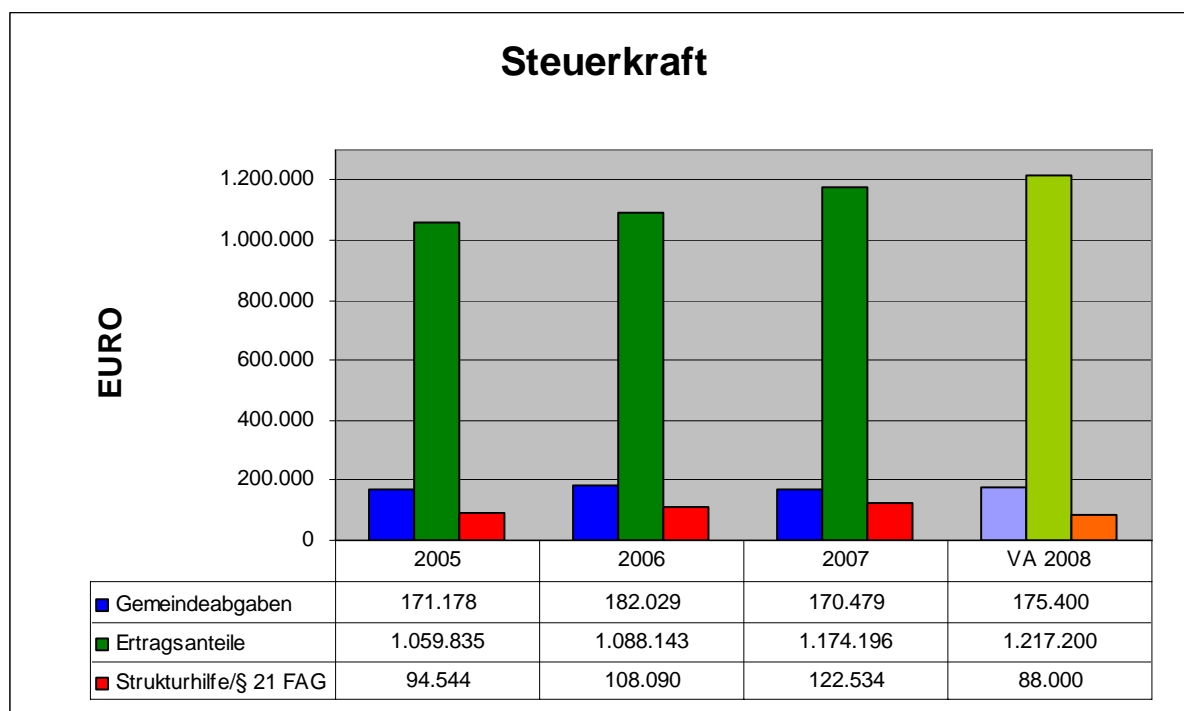
Im Jahr 2009 wird in Folge stagnierender Einnahmen und stark steigender Ausgaben für Sozial- und Krankenanstaltenaufgaben der Abgang vermutlich wieder deutlich ansteigen. In Erwartung dieses hohen Budgetdefizits hat die Gemeinde alle Anstrengungen zu unternehmen, dass der Fehlbetrag 2009 in einem annehmbaren Rahmen bleibt.

Die im Mittelfristigen Finanzplan ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2008 bis 2011 jeweils Minuswerte zwischen € 115.400 und € 139.800. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde selbst keine Mittel zur Finanzierung ihrer vorgesehenen Bauten beisteuern kann. Die in Zukunft notwendigen Baumaßnahmen können daher nur mit Mitteln des Landes OÖ finanziert werden.

Der außerordentliche Haushalt zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 bei insgesamt 28 Vorhaben einen Abgang von rd. € 50.500. Trotz der hohen Anzahl der abgewickelten Maßnahmen bestehen keine Finanzierungslücken, womit sich der außerordentliche Haushalt infolge der gesicherten Finanzierungen in einem finanziell geordneten Zustand befand.

Für Kanal- und Straßenbauvorhaben stehen auch noch Rücklagenmittel von zusammen rd. € 93.000 zur Verfügung.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft betrug im Jahr 2005 rd. € 1,326 Mio. und stieg bis 2007 um rd. 11 % auf rd. € 1,467 Mio. - bzw. rd. € 827 je Einwohner - an. Auch im Jahr 2008 wird infolge der weiter steigend prognostizierten Bundesertragsanteile die Steuerkraft um rd. € 43.000 steigen. Ebenso ist auch mit einer höheren Strukturhilfe zu rechnen als im Voranschlag vorgesehen ist.

Die Steigerung von 2005 bis 2007 um rd. € 141.700 ist vorwiegend auf die um rd. € 114.400 höher eingegangenen Bundesertragsanteile und die um rd. € 24.400 gestiegenen Strukturhilfemittel zurückzuführen.

Die Bundesertragsanteile erfuhren besonders ab dem Jahr 2005 (rd. + € 63.700 gegenüber 2004) und in der Folge auch im Jahr 2007 (rd. + € 114.400 gegenüber 2005, € 662 je Einwohner) einen markanten Anstieg. Auch 2008 werden die Ertragsanteile steigen und so das Budget positiv beeinflussen.

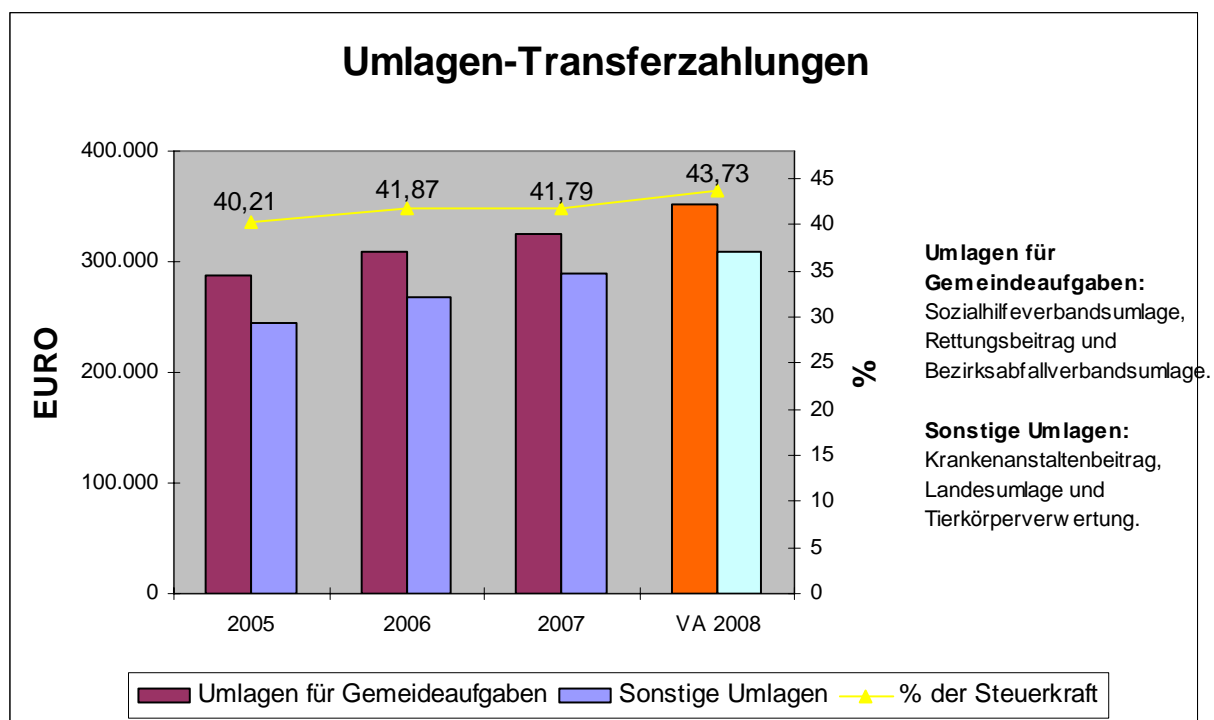
Bei den Gemeindeabgaben waren in Summe von 2005 bis 2007 keine gravierenden betraglichen Schwankungen feststellbar, wobei dieser Umstand auch im Jahr 2008 gegeben sein wird. Bei den Gesamteinnahmen 2007 von rd. € 170.500 (je Einwohner € 96) waren vor allem die Kommunalsteuer (€ 95.700) und die Grundsteuern (€ 66.500) mit einem Anteil von 95 % vom Gesamtvolumen die wesentlichsten Einnahmequellen der Gemeinde.

Bei den Gemeindeabgaben waren auch keine größeren Zahlungsrückstände ersichtlich, was auf eine gute Zahlungsmoral der Bevölkerung und eine konsequente Gebühreneinhebung durch die Gemeinde hinweist.

Die Strukturhilfeeinnahmen stiegen von 2005 auf 2007 um rd. € 24.400 auf rd. € 65.500 an. Demgegenüber fielen die Finanzausweisungen (§§ 21 und 23) des Bundes um rd. € 3.100. 2007 konnten auch Katastrophenzuschüsse von rd. € 6.700 verzeichnet werden.

Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2007 rd. 12 % der Steuerkraft. Damit kann das Steueraufkommen als gering eingestuft werden.

Umlagen



Die von der Marktgemeinde für die oa. Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen stiegen von 2005 (€ 533.000) bis 2007 (€ 613.200 bzw. € 345 je Einwohner) um rd. € 80.100 an. Der Voranschlag für 2008 sieht einen weiteren Anstieg der Zahlungen auf rd. € 660.600 (+ € 47.400) vor.

Die steigenden Prozentsätze (40,21 % = 2005 auf 43,73 % = 2008) im Vergleich der Umlagezahlungen zur Steuerkraft zeigen an, dass die Umlagezahlungen stärker anstiegen als die Steuerkräfteeinnahmen. Im Jahr 2008 waren damit rd. 43,7 % der Steuerkräfteeinnahmen notwendig, um die Zahlungen von rd. € 660.600 leisten zu können.

Die Umlagezahlungen teilten sich den letzten Jahren wie folgt auf:

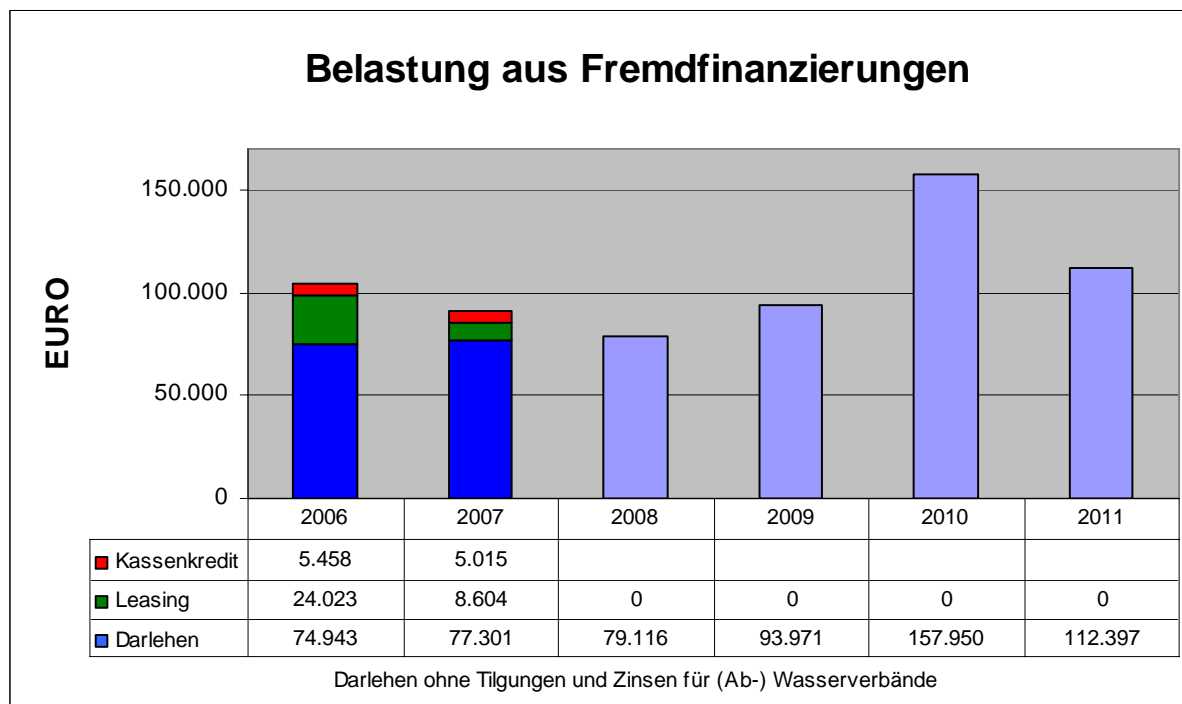
	2005	2006	2007	VA 2008
SHV-Umlage	227.936,00	246.241,00	263.971,00	287.700,00
Rettungsbeitrag	9.118,36	10.413,38	10.945,58	11.500,00
BAV-Beitrag	50.963,17	52.193,50	49.607,16	52.800,00
	288.017,53	308.847,88	324.523,74	352.000,00
Tierkörperverw	12.335,37	8.059,16	8.059,16	8.500,00
Krankenanstalten	206.159,00	229.179,00	247.310,00	265.800,00
Landesumlage	26.498,52	30.980,39	33.284,98	34.300,00
	244.992,89	268.218,55	288.654,14	308.600,00
Summe	533.010,42	577.066,43	613.177,88	660.600,00

Ausschlaggebend für den Anstieg im Beobachtungszeitraum 2005 bis 2008 war einerseits die Erhöhung der Sozialhilfeverbandsumlage um rd. € 59.800 und andererseits der Krankenanstaltenbeitrag, welcher um rd. € 59.600 höher ausfiel. Bemerkenswert ist noch, dass ca. 53,5 % der Zahlungen eigentlich für Gemeindeaufgaben getätigt wurden und diese in den letzten Jahren am stärksten anstiegen.

Auch 2009 zeigt die Tendenz – gegenüber 2008 - vor allem bei der SHV-Umlage (+ € 39.500) und beim Krankenanstaltenbeitrag (+ € 16.800) weiterhin deutlich nach oben.

Fremdfinanzierungen

Darlehen



Die Belastung aus den Darlehensverbindlichkeiten (Zinsen und Tilgungen) betrug im Finanzjahr 2007 rd. €94.300. Im Rahmen der Wasserbauten erhielt die Gemeinde im Finanzjahr 2007 Annuitätzuschüsse von rd. € 17.000, sodass eine Nettobelastung von rd. €77.300 verblieb.

Für die Marktplatzgestaltung wurde vom Tourismusverband ein Darlehen aufgenommen, wobei die anfallenden Tilgungen bzw. Zinsen dem Tourismusverband von der Gemeinde rückvergütet werden. Bei Einrechnung dieser jährlichen Zahlungen von rd. € 23.800 erhöht sich die Nettobelastung auf rd. € 101.100. Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen beträgt die Nettobelastung rd. 4,80 %, der als mittelmäßiger Wert zu bezeichnen ist.

Im Jahr 2010 bzw. 2011 werden die Darlehensverbindlichkeiten durch die Neuaufnahme eines Darlehens für den Kanalbau BA 09 deutlich ansteigen.

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 war ein Gesamtschuldenstand (ohne Investitionsdarlehen den Landes von € 181.000) von rd. € 1,347 Mio. bzw. €755 je Einwohner gegeben. Rd. 92 % der Darlehen wurden für den Ausbau der Kanalanlagen bzw. für die Wohnbausanierung aufgenommen, deren Rückzahlungen in Gebühreneinnahmen bzw. Mieteinnahmen ihre Deckung finden. Die Zinssätze der Darlehen befinden sich alle auf einem marktkonformen Niveau.

Für die letzte Darlehensaufnahme (€ 390.000; Abwasserbeseitigung BA 08) wurden 7 Bankinstitute zur Angebotslegung eingeladen, wobei 5 Banken Angebote abgegeben haben und eine von diesen Banken ausgeschieden werden musste. Das günstigste Angebot der 4 Anbieter legte ein Bankinstitut mit 4,59 % (6-Monatseuribor + 0,09 %-Punkte Aufschlag; Tagesberechnung 30/360), welchem auch dann der Zuschlag vom Gemeinderat erteilt wurde.

Kassenkredit

Die Zinsenbelastung durch den Kassenkredit betrug in den letzten 4 Jahren durchschnittlich jährlich rd. €6.500. Im Jahr 2007 war die Belastung mit € 5.000 rückläufig.

Der Sollzinssatz mit Basis 3-Monats-Euribor + 0,25 % Aufschlag ist in einem annehmbaren Bereich. Ein höherer Aufschlag wäre jedoch nicht zu akzeptieren.

Rücklagen

Ausgehend von einem Rücklagenstand aus den Jahren 2002 bzw. 2003 von € 10.894 wurden bis in das Jahr 2007 insgesamt € 107.929 Rücklagenmittel angesammelt. Gebildet wurden diese Rücklagen größtenteils aus zweckgebundenen Einnahmen (Interessentenbeiträge, Anschließungsbeiträge, ec.), welche bei Nichtverbrauch einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen sind.

Mit Ende des Finanzjahres 2007 setzte sich der Rücklagenbestand wie folgt zusammen:

Rücklage Abfallwirtschaft	€	14.610,68
Rücklage Verkehrsflächen	€	22.286,14
Rücklage Abwasserbeseitigung	€	71.032,79
Gesamtsumme:	€	107.929,61

Die Rücklagenmittel werden zur Verstärkung des Kassenbestandes der Gemeindekasse herangezogen. Sparbücher bestehen nicht.

Die Abfallrücklage wäre zu Gunsten des außerordentlichen Haushalts aufzulösen. Bei Bedarf könnte die Rücklage wieder aufgefüllt werden.

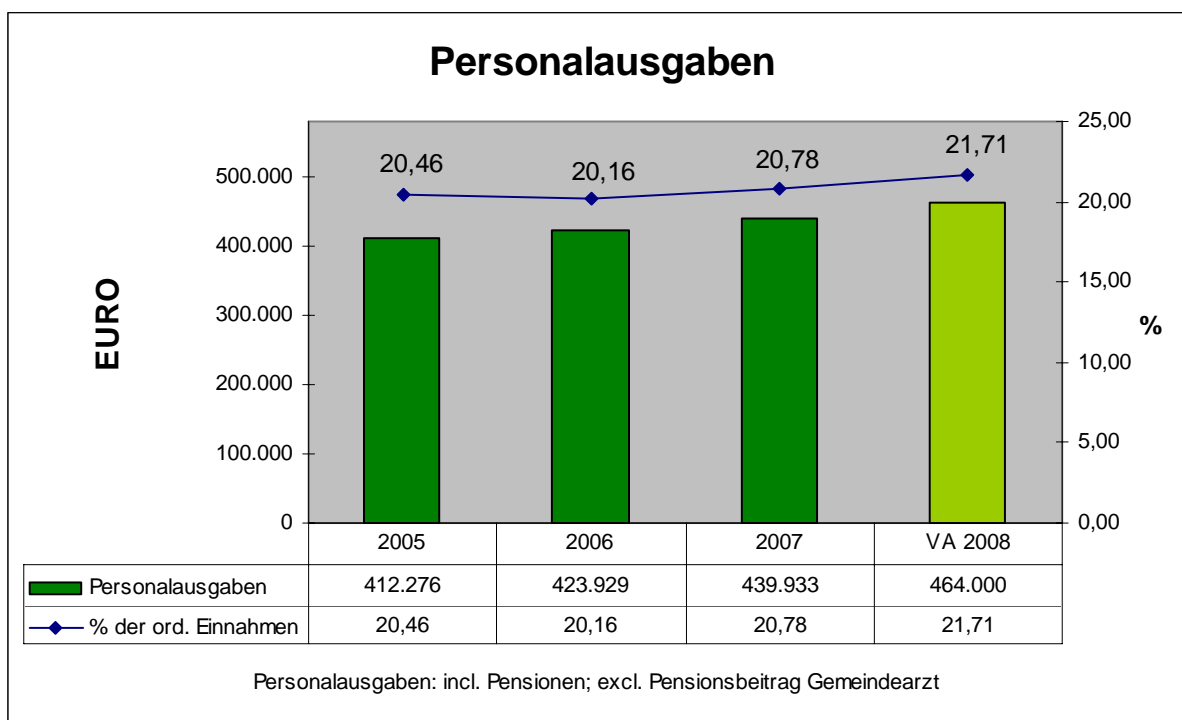
Haftungen

Die Marktgemeinde Zwettl an der Rodl ist mit einem Anteil von 36,35 % am Reinhaltungsverband "Mittleres Rodltal" (kurz: RHV) beteiligt.

Zum Ende des Finanzjahres 2007 bestanden aus dieser Beteiligung Haftungsverpflichtungen für 3 aufgenommene Darlehen des RHV von rd. € 280.400. Dieser Betrag wurde für den Bau der Verbandskläranlage und -kanäle vom RHV aufgenommen und stellt den Anteil dar, der von der Marktgemeinde in jährlichen Raten zurückbezahlt werden muss. 2007 beliefen sich die Zahlungen auf ca. € 31.600 (Tilgung € 28.300; Zinsen € 3.300) und 2008 werden diese auf rd. € 36.200 ansteigen.

Bis 2011 ist eine Neuaufnahme eines Darlehens geplant. Zusätzlich zu diesen Beträgen werden an den RHV noch jährlich Betriebskosten (vor allem für den Betrieb der Kläranlage) von jährlich rd. € 83.000 geleistet.

Personal



Die Personalausgaben stiegen von 2005 (rd. € 412.300) bis in das Jahr 2008 (rd. € 464.000) um rd. € 51.700 bzw. rd. 12,6 % kontinuierlich an. Im Jahr 2007 entfielen rd. € 63.400 bzw. rd. 14,4 % auf Pensionsaufwendungen.

Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes betrug der Personalaufwand im Jahr 2007 rd. 20,8 %. Dieser Prozentsatz ist vergleichsweise mit anderen Gemeinden als "im üblichen Bereich" einzustufen.

Bei der Marktgemeinde sind lt. Dienstpostenplan im Rechnungsabschluss 2007 12 Bedienstete beschäftigt. Davon sind 6 in der Verwaltung (5,05 PE), 3 im Bauhof (3 PE – davon 0,5 PE im Volksschulbereich tätig), 2 in der Reinigung (Schule und Amt; zusammen 0,23 PE) und 1 in der Volksschule (1 PE – Schulwartin) tätig. Das Beschäftigungsausmaß aller Bediensteten entspricht ca. 9,3 Vollbeschäftigungen.

Ein Posten für eine Reinigungskraft mit einem Beschäftigungsausmaß von 27 % ist derzeit nicht besetzt.

Die Bewertung und die Anzahl der Posten in der Verwaltung entsprechen der "Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002".

Bauhof

Im Bereich Bauhofpersonal war zu ersehen, dass 2007 zu rd. 43 % für Straßenerhaltung bzw. Winterdienst, zu rd. 23 % für das Freibad und zu rd. 13 % für außerordentliche Bauten (Volksschule) gearbeitet wurde.

Bei den Gebarungsansätzen Bauhof bzw. Gemeindestraßen, in denen neben den Personalausgaben für die Bauhofarbeitern auch die Kosten der gesamten Gerätschaften und Fahrzeuge abgerechnet werden, sind jährliche hohe Abgänge zu verzeichnen.

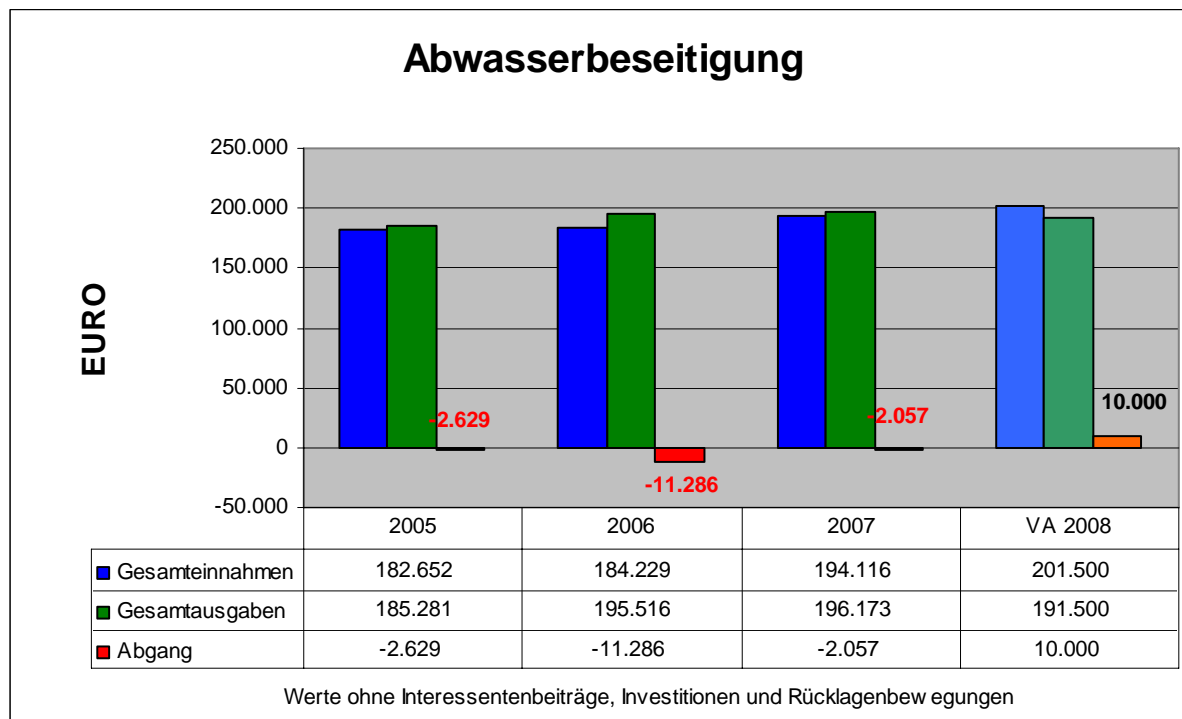
Diese Abgänge entstanden, weil die von den Bauhofarbeitern geleisteten Arbeitsstunden bzw. die von den Fahrzeugen verursachten Aufwendungen nicht zur Gänze bzw. überhaupt nicht auf die einzelnen Einrichtungen umgelegt wurden.

Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind jedoch alle anfallenden Kosten (Personal- wie auch Materialkosten) den Leistungserhaltern anzulasten, damit die Kostenwahrheit gegeben ist.

Die Vergütungssätze sind künftig so zu verrechnen, dass sämtliche beim Bauhof anfallenden Kosten abgedeckt werden und die Bauhofgebarung - bis auf kleinere Abweichungen - ein ausgeglichenes Ergebnis zeigt. Das Bauhofpersonal ist bei Ansatz 617 zu verbuchen. Für Leistungen nach außen sind Stundensätze nach betriebswirtschaftlichen Kalkulationen zu verrechnen.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



In den letzten Jahren wurden laufend Abgänge verursacht. Die fehlenden Mittel - in den letzten 3 Jahren - insgesamt rd. € 16.000 - mussten dadurch jährlich vom Land OÖ mit Bedarfszuweisungsmitteln finanziert werden.

Die Schuldentrückzahlungen für die errichteten Kanalstränge und die hohen Zahlungen an den Reinhaltungsverband (RHV) sind verantwortlich für die laufenden Abgänge. Im Jahr 2007 mussten alleine dafür € 189.000 (ds. rd. 96 % der gesamten Ausgaben beim Kanal) aufgewendet werden.

Die Betriebskostenzahlungen an den RHV (Anteil 44,95 %) betragen jährlich rd. € 83.000. Diese wurden 2006 durch hohe Vertretungskosten infolge eines längeren Krankenstandes und 2007 durch beträchtliche Investitionen von € 38.000 verursacht. Zumindest 2007 wäre bei längerfristiger Finanzierung der Investition durch den RHV ein geringerer Beitrag von rd. € 10.000 angefallen. Der Ausgleich wäre somit geschafft worden.

Die Kanalbenützungsgebühr setzt sich aus einer Grundgebühr je Grundstück und einer verbrauchsabhängigen Kanalbenützungsgebühr zusammen. Die Grundgebühr beträgt je Grundstück ab 1.10.2007 € 198 (ds. rd. 60 m³) netto. Die Kanalbenützungsgebühr pro Kubikmeter wurde vom 1. bis 60. m³ mit € 0,07 und ab dem 61. m³ Wasserverbrauch mit € 3,30 netto festgelegt.

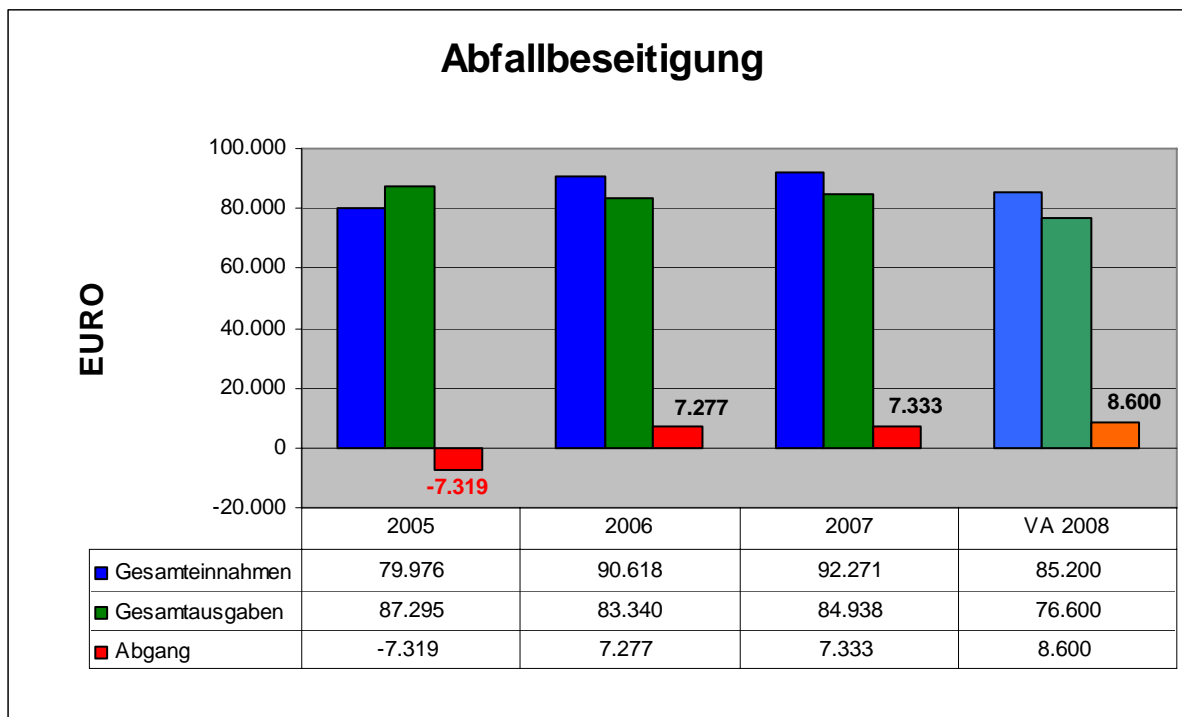
Der Gemeinderat hat mit 1.10.2008 die bereits vorgesehene Gebührenanhebung ausgesetzt. Für 2009 müssen daher Mindereinnahmen von € 8.000 in Kauf genommen werden, womit ein positives Ergebnis wieder schwerer zu erreichen sein wird. Die kostendeckende Benützungsgebühr liegt lt. Gebührenkalkulation für 2008 bei € 6,45 (netto).

Als Mindestanschlussgebühr wird ab 1.10.2003 € 3.450 bzw. je m²-Fläche € 23 netto eingehoben.

Die Kanalbenützungsgebühren wie auch die Kanalanschlussgebühren entsprechen den Vorgaben des Landes OÖ.

Die Gemeinde hat den RHV aufzufordern, Investitionen auf ihre Lebensdauer bzw. auf mindestens 10 Jahre aufzuteilen um so die jährliche Belastung der Gemeindefinanzen deutlich zu senken.

Abfallbeseitigung



Im Bereich der Abfallbeseitigung konnten bis dato jeweils kleinere Überschüsse bzw. Abgänge erzielt werden. Die erwirtschafteten Überschüsse wurden den Rücklagen zugeführt bzw. wurden Abgänge durch Rücklagenentnahmen bedeckt. In Summe gesehen war die Abfallbeseitigung in den letzten 4 Jahren kostendeckend.

Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einwohner betragen 2007 rd. € 48.

Zuletzt wurden die Abfallgebühren ab 2006 neu festgesetzt. Die Abfallgebühr setzt sich zusammen aus einer mengenabhängigen Abfallgebühr und einer Grundgebühr.

Die Abfallgebühren betragen je abgeführter/-m

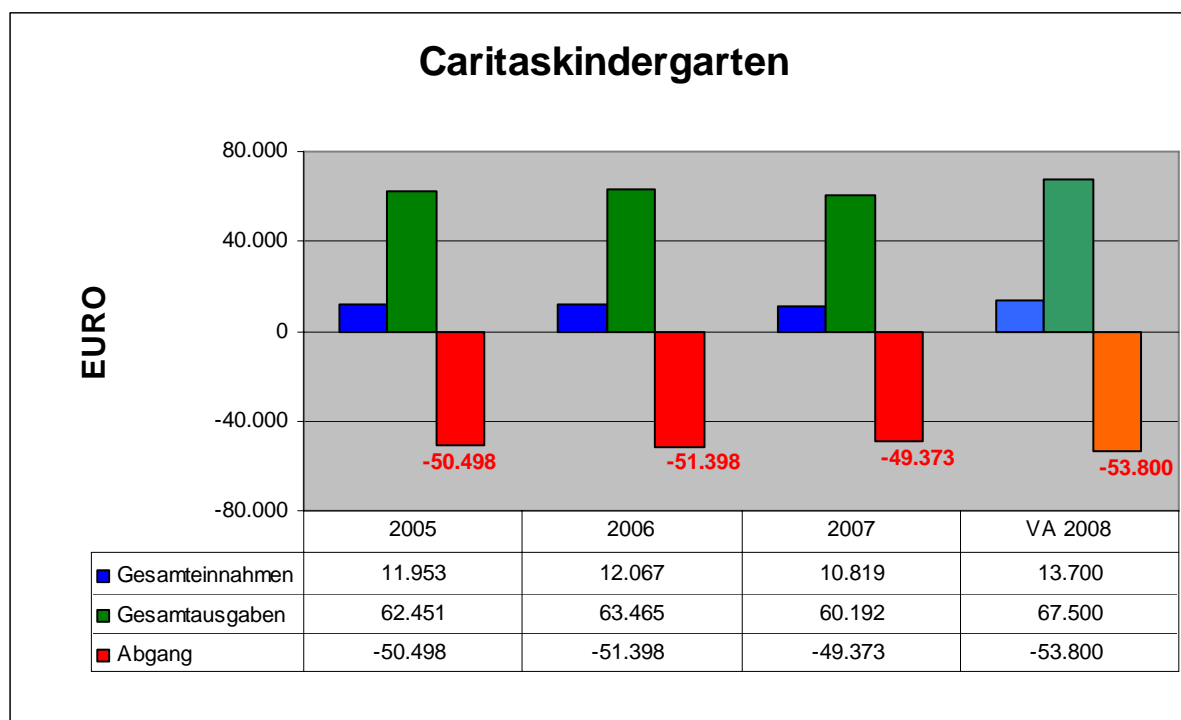
Abfalltonne/-sack mit 90 l	€ 6,00 bzw. € 6,30
Abfalltonne mit 110 l	€ 7,30 und
Abfalltonne mit 1.100 l	€ 73,30.

Zusätzlich zu diesen Gebühren ist eine jährliche Grundgebühr wie folgt zu entrichten:

pro anschlusspflichtigem Objekt	€ 38
bei Objekten von 2 bis 4 Wohnungen	€ 80
bei Objekten von 5 bis 8 Wohnungen	€ 150 und
bei Objekten ab 9 Wohnungen	€ 300.

Die Gebührensätzen sind jeweils Bruttobeträge, also inklusive 10 % Umsatzsteuer. Für den Bioabfall wird extra eine Gebühr verlangt. So kostet ein abgeführter Bioeimer € 1,10 und eine Biotonne 90/110 Liter € 4.

Kindergarten



Der dreigruppige Ganztageskindergarten wird von der Pfarrcaritas geführt. Der Betrieb des Kindergartens verursachte jährlich hohe Abgänge.

Mit Stichtag Oktober 2008 besuchten 66 Kinder (Auslastung 97 %) den Kindergarten. In den nächsten Monaten sind noch 3 Aufnahmen geplant, womit eine 100 %ige Auslastung des Kindergartens erreicht ist.

In den Vorjahren war der Besuch von jeweils 69 Kindern gegeben. Ohne Erhaltungsbeiträge von anderen Gemeinden (2007 besuchten insgesamt 14 Kinder aus anderen Gemeinden den Kindergarten) verblieb 2007 ein Abgang von rd. € 60.000. Daraus errechnet sich eine Subvention der Marktgemeinde pro Kind und Jahr von durchschnittlich rd. € 870. Durch die Beiträge anderer Gemeinden verblieb 2007 ein Abgang bei der Gemeinde Zwettl von rd. € 46.000. Auch im Jahr 2008 wird sich der Abgang in diesem Bereich bewegen.

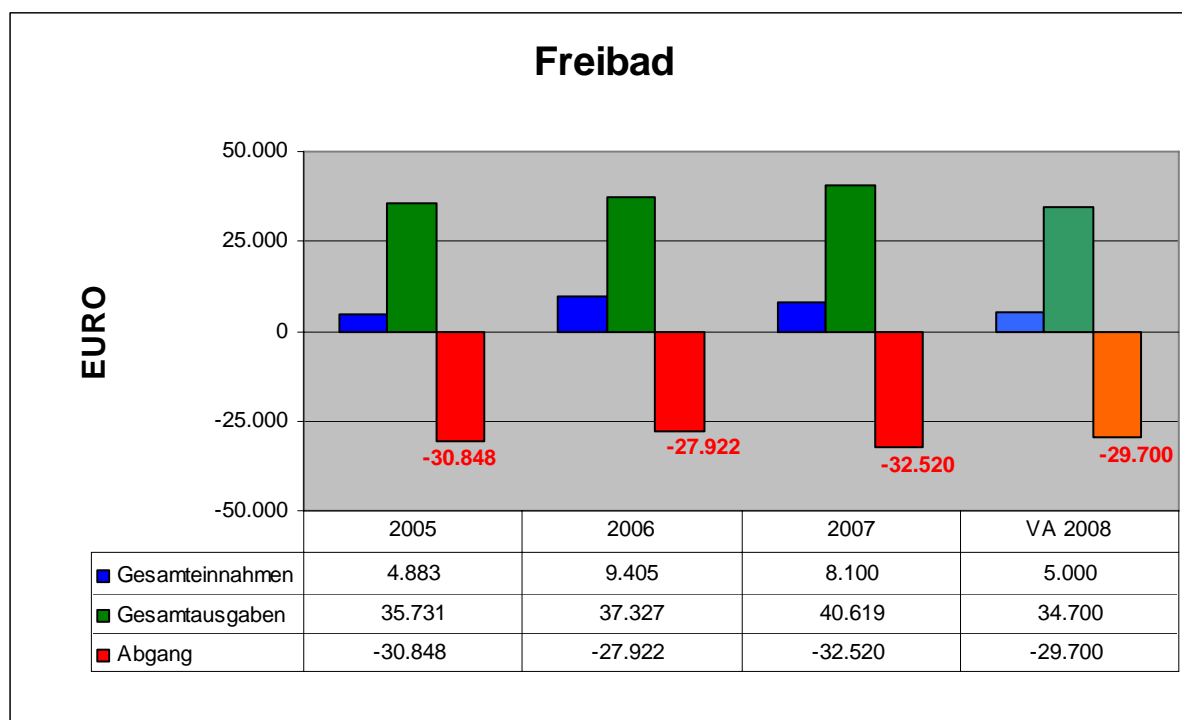
Aus den Unterlagen war zu ersehen, dass im Kindergartenjahr 2008/2009 von den insgesamt 66 Kindern nur 12 Kinder (18 %) eine Nachmittagsbetreuung in Anspruch nahmen. Die restlichen 54 Kinder besuchen nur vormittags den Kindergarten.

Für das Kindergartenjahr 2007/2008 hat der Rechtsträger nach der Elternbeitragsverordnung 2007 den Höchstbeitrag für eine halbtägige Betreuung mit € 90 (100 %) festgelegt. Bei Inanspruchnahme der Mindestöffnungszeit inklusive der Mittagsbetreuung beträgt der Höchstbeitrag € 104 (115 %), bei ganztägiger Betreuung € 120 (133 %). Statistisch gesehen bezahlen ca. 50 % den Höchstbeitrag und ca. 11 % den Mindestbeitrag. Etwa 26 % bezahlen zwischen € 38 bis € 70 und bei ca. 13 % kommt ein Beitrag von € 71 bis € 90 zur Verrechnung. Die Kosten für das Mittagessen von € 2 werden gesondert verrechnet.

Weitere Kosten entstanden der Gemeinde aus dem Transport der Kindergartenkinder. Unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse ergab sich in den letzten 3 Jahren ein von der Gemeinde zu bedeckender Abgang von jährlich rd. € 8.100. Bei 19 transportierten Kindern ergab sich für die Gemeinde im Jahr 2007 ein Aufwand pro Kind von rd. € 425.

Der Mindestbeitrag für die Begleitperson beim Kindergartentransport von € 8 pro Kind wird eingehoben.

Freibad



Das Freibad wies von 2004 bis 2007 einen durchschnittlichen Betriebsfehlbetrag von rd. €30.000 auf. Für das Jahr 2008 wird lt. Voranschlag mit einem Abgang von € 29.700 gerechnet.

Die Ausgaben 2007 wurden verursacht durch Personalkosten (rd. 51 %; Badewart und Arbeitsleistungen je ca. 50 %), Instandhaltungen bzw. Investitionen (rd. 31 %), Stromkosten (rd. 10 %) und Materialkosten (rd. 8 %). Vor allem die Investitionen sind 2007 mit rd. € 9.700 (Fußballtore, Fassade Freibad, Schirme) regelrecht ausgeüfert, wobei eine finanzielle Bedeckung fehlte und diese nicht richtig verbucht wurden. Ebenso wird bei den Stromkosten, die im Vergleich zu 2006 um rd. € 920 bzw. 30 % gestiegen sind, ein Einsparungspotential gesehen.

Im Jahr 2007 waren ca. 45 Badetage zu verzeichnen. Daraus errechnet sich ein Zuschuss durch die Gemeinde pro Badetag von rd. € 720 bzw. bei ca. 4000 Besuchern rd. € 8,10 pro Badegast.

Die letzte Abänderung der Badetarife erfolgte durch den Gemeinderat am 12.5.2003 für die Badesaison 2003 und liegt demnach schon fünf Jahre zurück. Zum Verkauf kommen Tageskarten, Kurzzeitkarten, 10er-Block und Saisonkarten. Die Tarife lauten derzeit wie folgt:

	Erwachsene	Jugendliche	Schüler	Familie	
Tageskarten	2,20	1,10	0,80	2,60	4,50
10er-Blockkarten	18,00	10,00	6,00	xxx	
Saisonkarte	26,00	16,00	11,00	51,00	

Aufgrund der bereits lange zurückliegenden Anpassung der Tarife und des jährlichen Abganges wäre für die Badesaison 2009 eine Erhöhung aller Tarife vorzunehmen. Der Preis der Saisonkarten ist zumindest auf das 15-fache des Einzelpreises anzuheben. Zuschüsse für getätigte Investitionen sind 2009 dem Budget zuzuführen und die Stromkosten sind zu hinterfragen bzw. der Anbieter zu wechseln. Der Abgang des Freibads ist deutlich zu verringern.

Gemeindevertretung

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss (PA) ist in den letzten 3 Jahren mit jährlich vier Prüfungen (2005 bis 2007) seinem gesetzlichen Prüfungsauftrag nicht ausreichend nachgekommen. Im Sinne des § 91 Abs. 3 Oö. Gemeindeordnung 1990 ist die Überprüfung der Gebarung nicht nur an Hand des Rechnungsabschlusses sondern auch im Laufe des Haushaltesjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich vorzunehmen. Als Mindestmaß sind daher jährlich fünf Prüfungen notwendig.

Die Prüftätigkeit des PA beschränkte sich jährlich auf einen sehr eingeschränkten Bereich, was den Eindruck einer rein routinemäßigen Prüfhandlung hinterließ. Etliche prüfungswürdige Ausgabenbereiche (Abrechnung Reinhaltungsverband, freiwillige Ausgaben, usw.) wurden noch nie geprüft.

Das Mindestmaß von jährlich 5 Sitzungen ist abzuhalten. Der PA hat auch seine Prüftätigkeit auf alle Bereiche der Gemeindegebarung auszudehnen.

Sitzungsgeldverordnung

Vom Gemeinderat wurde im Juni 1998 eine Sitzungsgeldverordnung beschlossen, in welcher geregelt ist, dass für eine Sitzung des Gemeinderates bzw. eines Ausschusses 1,75 % (derzeit rd. € 43) und für Sitzungen des Gemeindevorstandes sowie für die Vorsitzführung durch den Obmann eines Ausschusses 2,25 % (derzeit rd. € 55) des Bezuges des nicht hauptberuflichen Bürgermeisters jährlich im Nachhinein ausbezahlt werden.

Die maximale gesetzliche Höchstgrenze von 3 % ist somit bei keinem Gemeindeorgan ausgenützt worden. Im Jahr 2007 wurden Zahlungen von rd. € 7.500 für Sitzungsgelder geleistet.

Verfügunsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters sind in den letzten 3 Jahren jeweils unter der möglichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 v. T. der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht worden. Folglich wurde mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wirtschaftlich umgegangen und der vorgegebene Höchststrahmen wurde im gesamten Zeitraum (2004 bis 2007) durchschnittlich zu rd. 70 % (ds. jährlich € 8.900) in Anspruch genommen.

Die jährliche Inanspruchnahme war wie folgt:

	2005	2006	2007
Verfügunsmittel			
getätigte Ausgaben in Euro	4.288,17	5.718,95	4.466,38
mögliche Höchstgrenze lt. VA	6.186,00	6.473,84	6.491,70
% des möglich. Rahmens	69,32	88,34	68,80
Repräsentationsmittel			
getätigte Ausgaben in Euro	2.671,52	2.312,93	1.628,82
mögliche Höchstgrenze lt. VA	3.093,00	3.236,92	3.245,85
% des möglich. Rahmens	86,37	71,45	50,18

Bei der stichprobenartigen Überprüfung der Auszahlungsanordnungen konnten keine Mängel festgestellt werden. Es lagen allen Auszahlungen ordnungsgemäße Rechnungsbelege zu Grunde, aus welchen die notwendigen Informationen bzw. die Gründe für die Zahlungen eindeutig hervorgingen.

Weitere Gebarungsfeststellungen

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Bereich der Förderungen und freiwilligen Ausgaben blieb die Gemeinde in den letzten Jahren in einem annehmbaren Rahmen.

2006 und 2007 waren die Ausgaben mit jeweils rd. € 24.100 bzw. € 15.300 gegeben. Daraus errechnet sich ein Betrag pro Einwohner von € 12,80 bzw. € 8,10.

Die höchsten Beiträge im Jahr 2007 entfielen auf die Bereiche Sport (€ 6.600), Tourismus (€ 2.200), Musik (€ 1.850), Soziales (€ 1.400) und Jugend/Familie (€ 2.200). Die restlichen Förderungen für Organisationen bzw. freiwillige Ausgaben waren im Rahmen von € 50 bis € 300.

Vergütungen für eventuell freiwillig erbrachte Bauhofleistungen wurden nicht eruiert.

Den Auszahlungsbelegen lagen Ansuchen des jeweiligen Förderungswerbers bei. Die zweckentsprechende Verwendung des gewährten Förderungsbeitrages wurde von den Organisationen bzw. Vereinen durch die Vorlage von Originalbelegen nachgewiesen.

Investitionen und Instandhaltungen

Die getätigten Investitionen im ordentlichen Haushalt betragen im Jahr 2005 rd. € 19.400, 2006 rd. € 8.100 und 2007 rd. € 22.400. Im Jahr 2008 sind bis November 2008 € 10.900 angefallen.

Die größten Investitionen im Jahr 2007 wurden für die Gemeindeverwaltung (€ 5.800 – Zeiterfassung, Chipkartenlesegerät, Monitor für Bauamt), für Honorare bei Grundteilungen (€ 3.700), für Betreubares Wohnen (€ 5.600 - Küche, Tische, Stühle, Karniesen, ec.) und für den Gemeindestraßenbereich (€ 6.000 - Verkehrszeichen, Schneestangensetzgerät) getätigt.

Die Kosten für die Instandhaltungen waren 2005 mit rd. € 44.800 weit niedriger als in den Jahren 2006 (€ 73.900) und 2007 (71.000). Im Jahr 2008 sind bis November € 41.000 angefallen.

Nachfolgend die Instandhaltungsausgaben 2007 für die einzelnen Bereiche:

Instandhaltungen	2005	2006	2007
Zentralamt	4.819	5.500	6.964
Freiw. Feuerwehr	1.924	9.723	9.927
Volksschule	2.224	4.371	3.910
Kindergärten	220	891	4.273
Sportplätze	0	142	1.202
Museen	38	546	61
Gemeindestraßen	6.644	7.552	3.784
Bauhöfe	9.169	13.241	13.373
Öffentliche Beleuchtung	5.717	7.034	3.657
Freibäder	7.313	11.258	11.198
Abwasserbeseitigung	1.515	6.929	1.573
Wohn- und Geschäftsgebäude	5.227	6.694	11.071
Jahressummen in Euro	44.810	73.880	70.992

Deutliche Ausgabensteigerung gab es im Vergleich der Jahre 2005 mit 2007 bei der Freiwilligen Feuerwehr (+ € 8.000, Reparatur Lichtmast und hydraulisches Rettungsgerät), beim Kindergarten (+ € 4.000, Ankauf Schaukel, Kletterkombi und Netz), beim Bauhof (+ € 4.200, Ankauf Reifen für Traktor u. verschiedene Reparaturen) beim Freibad (+ € 3.900, Fassadensanierung und Ankauf Schirme) und bei den Wohngebäuden (+ € 5.800; Renovierung einer freigewordenen Wohnung).

Bei Durchsicht der einzelnen Rechnungen war zu ersehen, dass einige als Instandhaltungen deklarierte Ausgaben eigentlich Investitionsausgaben waren und somit buchhalterisch nicht richtig dargestellt wurden.

Auf die richtige Verbuchung der Instandhaltungen auf Postengruppe 61 ist genau zu achten (sind alle Ausgaben, die dazu dienen, das Wirtschaftsgut in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten). Neuanschaffungen bzw. Investitionen erfordern die Postengruppe 0. Größere Arbeiten sind darüber hinaus im außerordentlichen Haushalt mit einer eigenen Finanzierung zu bewerkstelligen.

Wohngebäude - Mieten

Bereits seit dem Jahr 1981 werden den Mietern Verwaltungskosten von nur € 11 pro Jahr in Rechnung gestellt. Auf die Größe der Wohnung wird dabei nicht Rücksicht genommen. Das Verwaltungskostenpauschale ist betragsmäßig jedoch schon seit Jahren an den Kategoriemietzinsbetrag der Kategorie A gekoppelt und beträgt ab 1.10.2006 € 2,91 je m² Nutzfläche und Jahr. Durch diese zu niedrige Verrechnung der Verwaltungskosten verlor die Marktgemeinde jährlich dringend benötigte Einnahmen.

Zukünftig sind den Mietern die Verwaltungskosten mit dem gesetzlich vorgesehenen Betrag von derzeit € 2,91 je m² Nutzfläche und Jahr zu verrechnen. Die dadurch erzielbaren Mehreinnahmen betragen rd. € 3.300 jährlich.

Für Mietverträge, die nach dem 1. März 1994 abgeschlossen werden, gilt die nach Bundesländern gestaffelte Richtwertmiete, die jährlich per 1. April erhöht wird und derzeit für Oberösterreich € 5,01 je m² Wohnfläche beträgt, wobei zusätzlich Zu- und Abschläge möglich sind.

Zukünftig sind bei Neuvermietungen die Hauptmietzinse in Anlehnung an die Höhe der Richtwerte festzusetzen. Dadurch wird eine ortsübliche Mietenhöhe erreicht und werden so die höchstmöglichen Einnahmen für die Gemeinde gesichert. Für die Indexierung ist immer der neueste Basisindex (derzeit VPI 2005) in den Vertrag aufzunehmen.

Bei der Dienstwohnung in der Volksschule wird eine sehr geringe Miete eingehoben, weil hier im Gegenzug vom Benutzer Arbeitsleistungen für die Volksschule zu erbringen sind. *Es wäre jedoch zu prüfen, ob die damals festgelegten Arbeiten nicht von der inzwischen aufgenommenen Schulwartin zu erledigen wären. Eine Doppelabgeltung ist zu vermeiden.*

Nahwärme

Seit Herbst 2003 werden die Volksschule inkl. Turnsaal und der Kindergarten mit Nahwärme von der Ökoenergie Zwettl versorgt. Gleich neben der Volksschule errichtete die Ökoenergie die Heizzentrale mit dem Hackgutbunker. Für eine Anschlussleistung von 230 kW musste die Gemeinde 2003 eine Anschlussgebühr von rd. € 45.000 zahlen.

Der dementsprechende Beschluss über den Abschluss an die Nahwärme wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 9.12.2002 gefasst. Vor dem Biomasseanschluss wurde mit Strom geheizt, wobei die Erdgasleitung in unmittelbarer Nähe der Volksschule situiert ist. Dem Gemeinderatsbeschluss gingen keine Berechnungen über die zukünftigen Heizkosten voraus. Der Antrag wurde einstimmig ohne kritische Fragen zu den anfallenden Kosten angenommen. Wirtschaftliche Belange, die bei allen Entscheidungen der Gemeinde eine wichtige Rolle spielen sollten, wurden hier nicht näher beleuchtet.

Seit dem Anschluss an die Biowärme im Herbst 2003 stiegen die im Vertrag festgelegten Wärmepreise (Grundgebühr € 20,05; Arbeitspreis € 54,07; Messpreis € 174,42) im Vergleich mit dem Index April 2008 um über 50 % (Grundgebühr € 30,37; Arbeitspreis € 81,90; Messpreis € 264,18).

Aus den Abrechnungen war zu ersehen, dass im Juli 2008 ein MWh-Preis von rd. € 102 verrechnet wurde. Da für die Heizperiode 2008/2009 der Biomasse-Index April 2008 = 131,4 herangezogen wird, ist ein weiterer Anstieg des MWh-Preises auf rd. € 109 bereits fixiert. Bei diesem Preis, der weit überteuert und nicht wettbewerbsfähig gegenüber anderen Energieträgern ist, handelt es sich um reine Heizkosten, wobei keine Investitionen eingepreist sind.

Hätte sich die Gemeinde für eine Gasversorgung entschieden, wären jährlich Heizkosten von mindestens rd. € 8.000 eingespart worden. Die Gebärungsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit sowie Sparsamkeit wurden bei diesem Projekt nicht beachtet, zumal auch keine Preisverhandlungen geführt wurden.

Für den Betreiber wird sich die Anlage nach ca. 8 Jahren amortisiert haben. Ab ca. dem 9. Jahr wird die Ökoenergie Zwettl Gewinne schreiben. An diesen Gewinnen hat sich die Gemeinde mittels geringeren Wärmepreisen zu beteiligen.

Bei zu finanzierenden Projekten sind vor jeder Entscheidung des Gemeinderates die genauen Kosten abzuwägen und in die Entscheidung einfließen zu lassen. Die Marktgemeinde hätte mit intensiven Verhandlungen einen kostengünstigen Preis erreichen können. Dies wurde verabsäumt und die Mehrkosten müssen nun vom ordentlichen Haushalt getragen bzw. über die Abgangsdeckung durch das Land OÖ finanziert werden. Verhandlungen um einen günstigeren Preis für die Volksschule sind mit dem Nahwärmebetreiber aufzunehmen.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet bestehen zwei freiwillige Feuerwehren (FF), die FF Zwettl und die FF Langzwettl. Bei den Mitgliedern wird unterschieden in Jugend (10 - 16 Jahre), in Aktive (16 - 65 Jahre) und in Reserve (über 65 Jahre). Zusammen haben die beiden Feuerwehren laut Auskunft der Gemeinde 228 Mitglieder, die sich wie folgt aufteilen:

	Jugend	Aktive	Reserve
FF - Zwettl	15	77	15
FF - Langzwettl	14	96	11
Summe:	29	173	26

Die Aufwendungen (abzüglich der Einnahmen) im ordentlichen Haushalt waren in den letzten 3 Jahren ständig steigend. Im Jahr 2005 beliefen sich die Kosten für den Feuerwehrbereich auf rd. € 17.900. Im Vergleich dazu mussten 2006 rd. € 20.900 und 2007 bereits € 23.600 aufgewendet werden.

Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ergeben sich in den Jahren 2006 und 2007 Kosten von rd. € 11,80 bzw. € 13,30 pro Jahr und Einwohner. Damit lag die Gemeinde zumindest im Jahr 2007 über dem gängigen Durchschnitt von € 10 pro Einwohner. Dies ist zum Teil auf die hohen Instandhaltungskosten wie auch auf die jährlich hohen Anschaffungen geringwertiger Wirtschaftsgüter (E-Anzüge, Uniformen, Stiefel, Helme, Schutzjacken, ec.) zurück zu führen.

Es wird daher angeregt, bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern nach den notwendigen Erfordernissen und möglichst sparsam die Anschaffungen zu tätigen.

Aufschließungsbeiträge

Die Gemeinde hat erst im Jahr 2004 mit der Vorschreibung der Aufschließungsbeiträge nach dem O.ö. Raumordnungsgesetz 1994 begonnen. Die dadurch in den letzten 4 Jahren (2004 bis 2007) erzielten Einnahmen lagen im Straßenbereich bei rd. € 54.000 und im Kanalbereich bei rd. € 71.000.

Die Aufschließungsbeiträge wurden zur Finanzierung der außerordentlichen Bauvorhaben verwendet bzw. sind in Summe rd. € 93.300 den Rücklagen zugeführt worden.

Ab 1999 wäre es bereits möglich gewesen, die Aufschließungsbeiträge vorzuschreiben. Durch die 5 Jahre verspätete Vorschreibung verschiebt sich auch die Einhebung der nach

der Bezahlung der Anschließungsbeiträge fällig werdenden jährlichen Erhaltungsbeiträge. Da diese ca. 1/10 der Anschließungsbeiträge betragen, errechnet sich ein Einnahmeverlust für die Jahre 2004 bis 2008 von insgesamt rd. € 8.000.

Ab 2009 wird mit der Einhebung der Erhaltungsbeiträge für die Kanalanlagen begonnen.

Künftig hat die Gemeinde mögliche Einnahmequellen umgehend zu nützen.

Vorhaben im außerordentlichen Haushalt

Allgemeines

Der außerordentliche Haushalt (aoH) zeigte zum Ende des Finanzjahres 2007 im Rechnungsabschluss einen Abgang von rd. € 50.500. Bei den insgesamt 28 Vorhaben zeigten 14 ein ausgeglichenes, 3 ein positives und 11 ein negatives Ergebnis. Der außerordentliche Haushalt befindet sich in geordneten Bahnen und stellt somit kein finanzielles Problem für die Gemeinde dar.

Bei den insgesamt 28 Vorhaben waren sehr viele bereits abgeschlossen bzw. ausfinanziert und hatten daher keinerlei finanzielle Relevanz.

Nachstehend die 14 Vorhaben, die ein größeres positives wie negatives Ergebnis zeigten:

	Vorhaben bzw. Maßnahme	2007
1	Amtsausstattung (EDV)	7.383,94
4	Ankauf Löschfahrzeug FF Zwettl	-9.826,80
5	FF Depot und Musikheim	-8.280,00
7	Hochwasserschutz Schauerbach	-870,30
8	Amtsausstattung (EDV) Volksschule	-4.557,60
9	Erweiterung der Volksschule	-16.945,87
10	KIGASCH - Projekt	-2.356,37
16	Straßenbau 2005 (Schwarzweg)	59.779,54
22	Kanalsanierung	0,00
23	Kanalbau BA 07 (ABA Schramlgut)	-63.873,06
24	Kanalbau BA 08 -ABA Anschl.Schauerschlag	-11.475,31
26	Haus der Vereine	-73.046,90
27	Zwischenfinanzierung Haus der Vereine	101.470,00
28	Haus der Vereine - Ankauf	-27.893,81
	Abgang im Rechnungsabschluss 2007	-50.492,54

Unter dem Vorhaben "Amtsausstattung (EDV)" wurde ein Kopierer für das Gemeindeamt angeschafft, welcher bis 2009 mittels Bedarfszuweisungsmitteln ausfinanziert wird.

Ebenso konnten im Jahr 2008 die Vorhaben Ankauf Löschfahrzeug FF Zwettl, EDV-Ausstattung Volksschule, Erweiterung Volksschule, Haus der Vereine, Zwischenfinanzierung und Haus der Vereine – Ankauf ausfinanziert werden.

Das geplante Bauvorhaben FF Depot und Musikheim wird von der eigens eingerichteten Kommanditgesellschaft (kurz KG) realisiert. Die derzeit bei diesem Vorhaben ausstehenden Kosten für den Grundankauf werden von der KG übernommen.

Das KIGASCH-Projekt wird im Jahr 2008 abgeschlossen und in den Jahren 2008 bzw. 2009 ausfinanziert.

Noch keine gesicherte Finanzierung ist beim Hochwasserschutz Schauerbach gegeben. Hier ist bis Ende 2008 mit einem Abgang von € 1.800 zu rechnen. Die Geldaufbringung wäre hier noch zu klären.

Der Kanalbau BA 07 wurde 2008 kollaudiert. Nach Vorliegen der Abrechnung nach der Kollaudierung ist die Ausfinanzierung geplant. Auch beim Kanalbau BA 08 werden die Arbeiten im Jahr 2008 abgeschlossen. Im Jahr 2009 sind noch die Asphaltierung und die Ausfinanzierung vorgesehen. Im Anschluss daran wird mit dem letzten Kanalbauvorhaben BA 09 (Edlmühle, Innerschlag) der Kanalbau in der Gemeinde abgeschlossen.

Schlussbemerkung

Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne gegeben. Für diese sehr konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird dem Bürgermeister und insbesondere den Bediensteten des Gemeindeamtes ein besonderer Dank ausgesprochen.

Die Anmerkungen in Kursivdruck im Bericht zu den einzelnen Punkten kennzeichnen die Empfehlungen der Direktion Inneres und Kommunales, die von den zuständigen Organen der Gemeinde entsprechend umzusetzen sind. Ist kein bestimmter Zeitpunkt angegeben, so ist die Umsetzung bis spätestens 1.9.2009 zu vollziehen.

In der Schlussbesprechung am 30. März 2009 mit dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und dem Gemeindebuchhalter konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen weitgehend eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Linz, 30. März 2009

Walter Wittinghofer